

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum: 14. Februar 2017

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Eger, Christine

Hofschuster, Thomas

Keil, Max

Koch, Reinhold Dr.

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun Dr.

ab 17:55 Uhr

Ponn, Barbara

bis 19:55 Uhr

Pürkner, Erich

Sengl, Manfred Dr.

Stricker, Hans-Georg

von Hagen, Michaela

Wiesner, Marga

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Dietel, Katharina

Schmeiser, Beatrix

Abwesende und entschuldigte Personen:

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

- | | | |
|-------|---|-----------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Verkehrsuntersuchung für Puchheim
hier: Vorstellung des dritten Teils und Beratung | 2017/0402 |
| TOP 3 | Klimaschutzmanagement
2. Zwischenbericht | |
| TOP 4 | Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 für den Bereich beiderseits der
Friedenstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße
hier: Information zur Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 13 a Abs. 3 BauGB | 2017/0401 |
| TOP 5 | Verschiedenes | |

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:35 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem sich auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Umweltausschusssitzung vom 06.12.2016 Einverständnis besteht, keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

**TOP 2 Verkehrsuntersuchung für Puchheim
hier: Vorstellung des dritten Teils und Beratung**

Der Vorsitzende erinnerte zu Beginn an die Ziele der Verkehrsuntersuchung. Es gehe auch um eine Stabilisierung der Lebensqualität, wozu die beiden Aspekte Mobilität und Wohnqualität gehören würden. Im Rahmen der Untersuchung sei das Verkehrssystem von Puchheim eingehend untersucht worden. Nunmehr sei ein Status erreicht, an dem die Verkehrsuntersuchung an sich abgeschlossen werden könne. Anschließend übergab er das Wort an Herrn Ulzhöfer.

Herr Ulzhöfer ging zunächst darauf ein, dass der Dreh- und Angelpunkt der Verkehrsentwicklung das Wachstum in der Region sei. Die Prognose hierfür liege bei weit über 10 % für Puchheim, aber auch für die Umgebung. Die ganze Region sei heute von der Infrastruktur her schon ausgelastet, was sowohl für die Straßen als auch die S-Bahn gelte. Ein gewisser Vorteil für Puchheim sei, dass sich im Entfernungsbereich zwischen fünf und zehn Kilometern sehr viel abspiele, was eine Chance für das Fahrrad biete. Anschließend ging Herr Ulzhöfer auf die verschiedenen untersuchten Szenarien ein. Der Prognose-Null-Fall 2030 berücksichtige dabei nur das Einwohnerwachstum einschließlich einiger kleiner Baugebiete, aber ohne neue Straßen und ohne Verkehrsberuhigung. Daraus folge ein entsprechender Verkehrszuwachs auf den Straßen und führe z. B. in der Eichenauer Straße zu teilweise über 30.000 Fahrten. Stellenweise würden auch für die FFB 11 weit über 20.000 Fahrzeuge prognostiziert. Er informierte, dass die Straßenbauämter ab ca. 17.000 Fahrzeugen pro Tag an einen vierspurigen Ausbau denken würden.

Beim Planfall 1 gehe es um flächendeckende Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und Tempobeschränkungen im innerörtlichen Bereich. Dies würde z.B. im Bereich der Augsburgsberger Straße einen Erfolg erzielen. Für dieses Szenario sollte die Ampel an der Huchenstraße erhalten bleiben und die Ampel an der Eichenauer Straße angepasst werden, um die Ortsdurchfahrt etwas zu erschweren. Dies würde am Anfang sicher einen stärkeren Stau erzeugen, bis eine gewisse Umlenkung des Verkehrs erreicht werden könne. In anderen Straßenabschnitten sei die Entlastung dagegen nicht wirklich groß. Man könne dadurch aber das Wachstum, z. B. in der Allinger Straße, in Schach halten und ein deutliches Ansteigen vermeiden.

Der Planfall 2 beinhalte eine Weiterführung der FFB 11. Dies sei im südlichen Teil von Puchheim-Bahnhof nicht spürbar, führe aber ab dem Kreisverkehr bei der Benzstraße zu einer erheblichen Verkehrsreduzierung und damit einer spürbaren Entlastung. Ergänzend habe er eine Kombination zwischen den Planfällen 1 und 2, d. h. mit neuer Straße und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, erstellt, welches entsprechende Auswirkungen habe.

Im Planfall 3 sei die Auswirkung einer neuen Unterführung im Bereich Josef-/Lußstraße untersucht worden. Dabei spiele es von der Verkehrswirksamkeit her keine Rolle, ob es sich um eine Unter- oder Überführung handle. Man müsse damit rechnen, dass die neue Unterführung nicht nur von innerörtlichem sondern auch von überörtlichem Verkehr genutzt werde. Er denke, dass die Adenauerstraße damit keine wirkliche Entlastung erfahre, weil die Bewohner der an die Allinger Straße angrenzenden Wohngebiete weiter hier durchfahren müssen. Zudem werde ein Teil des nicht mehr von der Allinger Straße kommenden Verkehrs dadurch kompensiert, dass z. B. über die Adenauerstraße durch die Unterführung zum Gymnasium gefahren werde. Auch für diesen Planfall sei eine Kombination mit dem Planfall 1 im Untersuchungsbericht enthalten, welche zeige, dass damit ein Teil des Verkehrs, z. B. von der Allinger Straße auf die FFB 11, verlagert werden könne.

Die weiteren Planfälle seien noch in Kombination mit dem Planfall 1 gerechnet. Hier würden die isolierten Werte ohne Verkehrsberuhigung noch nachgereicht. Der Planfall 4 zeige den Effekt eines optimierten ÖPNV-Angebots. Allerdings sei es so, dass alle Strecken, die zu Zielen nahe der Stammstrecke führen, bereits heute weitgehend mit der S-Bahn zurückgelegt würden. Bei umständlicher zu erreichenden Zielen werde man kaum einen Umstieg von Auto auf die S-Bahn erreichen können. Das bedeute, dass peripher liegende Ziele weiterhin mit dem Auto angesteuert würden. Die Hoffnung, mit einem 10-Minuten-Takt große Verkehrsmengen zu verlagern, sei nicht so groß. Wenn man mit verdoppeltem S-Bahn-Takt eine Reduzierung um 10 bis 15 % erreiche, wäre dies schon sehr gut.

Die in Planfall 5a untersuchte neue Straßenverbindung zwischen Allinger Straße und FFB 11 östlich des Irisweges führe zu einer erheblichen Entlastung auf der Adenauerstraße. Im weiteren Verlauf der Allinger Straße spiele diese zusätzliche Anbindung dagegen keine große Rolle. Der Planfall 5b bilde eine Kombination zwischen der neuen Spange und der Bahnquerung Lager-/Lußstraße, mit der die Belastung für die neue Straße steige, da dadurch zusätzlicher Verkehr angezogen würde. Für die Adenauerstraße ergebe sich dagegen eine weitere Entlastung. In diesem Zusammenhang wäre auch ein Abhängen der Adenauerstraße von der FFB 11 überlegenswert.

Zum Thema Veränderung der Verkehrsmittelwahl wies Herr Ulzhöfer darauf hin, dass mit der Arbeit am Radverkehrskonzept begonnen worden sei. Von den rd. 30.000 rein innerörtlichen Fahrten würde schon ein erheblicher Anteil mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt. Über 40 % der Strecken würden aber noch mit dem Auto gefahren. Eine Aufgabe beim Radverkehrskonzept sei, den Radfahreranteil zu erhöhen. Dabei gehe es u.a. um Maßnahmen, die das Fahrrad attraktiver machen würden und darum, die Schwachstellen am bestehenden Netz zu erkennen und zu ändern. Für die Verbindung nach außerhalb wären Schnellbusse eine gute Lösung. Der Vorschlag aus dem Antrag der Freien Wähler hinsichtlich eines Puchheim-Tickets für innerörtliche Nutzung wäre eine sehr interessante Sache, die man weiter verfolgen sollte. Es sei allerdings schwierig, mit dem MVV über die Gebührengestaltung zu verhandeln, weshalb man sich hier Verbündete suchen solle.

Der Vorsitzende dankte Herrn Ulzhöfer für die Ausarbeitung des Gutachtens. Das Ergebnis decke sich auch mit seiner Wahrnehmung des Puchheimer Verkehrsnetzes. Wie erwartet, biete es wenig Überraschendes, aber auch wenig Hoffnung. Es seien allerdings einige Optionen angeführt, mit denen man durchaus Veränderungen herbeiführen könne. Die Menschen, die hier wohnen, leben und arbeiten, hätten es selbst in der Hand, etwas zu verändern. Man müsse entscheiden, ob man sein Mobilitätsverhalten anpasse. Zusammenfassend könne man feststellen, dass das Verkehrsnetz noch funktioniere, man aber nicht mehr sehr viel draufsatteln könne.

Herr Ulzhöfer wies ergänzend darauf hin, dass ein Teil des reinen Durchgangsverkehrs aufgrund von Ausweichfahrten wegen der überlasteten Hauptstrecken, z. B. im Bereich des Aubinger Tunnels, entstehe. Es sei eigentlich die Aufgabe der Straßenbauämter, die Kommunen von diesem Ausweichverkehr zu schützen, indem das überörtliche Straßennetz optimiert werde.

Verkehrsreferent Stricker stellte fest, dass mit dem Gutachten eine Menge Daten zusammengestellt worden seien. Es sei erschreckend, wenn man sich vorstelle, dass diese Szenarien eintreten. Es sei aber auch schwierig, die gewohnte Mobilität einzuschränken. Dies würde sich z. B. auf das Arbeitsleben auswirken. Der Landkreis sei ebenso gefragt, die Verkehrskonzepte anzupassen. Für die Zukunft gehe es u.a. darum, dass die gefahrenen Kilometer reduziert würden. Dabei würde sich die Idee, neue Gebiete zu entwickeln, in denen die Leute arbeiten und wohnen, auswirken. Momentan sei es noch nicht möglich ein Fazit zu ziehen, wonach man dieses oder jenes machen müsse. Für diese Aufgabe wäre es angebracht, einige Arbeitskreise zu bilden, um Schwerpunkte herauszuarbeiten.

Planungsreferent Dr. Koch teilte mit, dass für ihn die Erkenntnis wesentlich sei, dass die Grenzen des Wachstums eigentlich schon erreicht seien. Zur Prognose von zusätzlichen 3.500 Einwohner für Puchheim informierte er, dass dabei der Trend der Zuwanderung im Zusammenhang mit dem Wohnpark Roggenstein für zwanzig Jahre fortgeschrieben worden sei. Da es keine entsprechende Entwicklung in dieser Größenordnung mehr geben werde, sei dies nicht realistisch. Im Hinblick auf die Verkehrsprognosen mit der erheblichen Verkehrszunahme müsse man sehen, dass es bei den ambitionierten Vorhaben im Bereich des Wohnungsbaus eng werde. Nach seinen Erfahrungen mit den zuständigen Behörden könne man eine flächendeckende Verkehrsberuhigung derzeit nicht erreichen. Die Verkehrsuntersuchung sei aber eine Argumentationshilfe, um z. B. die Bereiche um die Schulen auszuweiten. Es gebe in Puchheim auch nicht „die Bevölkerung“ sondern beispielsweise Einwohner, die in den ruhigen Wohnstraßen leben und Einwohner, die an den stark befahrenen Sammelstraßen wohnen. Hierauf müsse man Rücksicht nehmen. Das bedeute insbesondere auch, dass man den Ausweichverkehr in den Griff bekommen müsse.

Der Vorsitzende bat die Fraktionsvorsitzenden um ein kurzes Statement. StR Hofschuster erklärte, dass man sich nun mit den Daten detailliert beschäftigen und die Fakten bewerten müsse. Dies brauche Zeit. Man wolle sich mit den Zielen und Schlussfolgerungen auseinandersetzen sowie Ideen einbringen. Dazu gehöre, dass man das Ergebnis der Verkehrsuntersuchung in aller Ruhe in den Fraktionen durchgehe. Deshalb sei es zu früh, jetzt eine abschließende Stellungnahme zu erwarten. Er bitte darum, die Verkehrsuntersuchung in die Fraktionen zu geben. Bei den Verbesserungen für den ÖPNV spiele es eine große Rolle, welche Einflussmöglichkeiten die Stadt habe. Auch wenn Dinge, die dringend notwendig seien, wie z. B. der Ausbau der Bahn, nicht vorangehen, dürfe man den Kopf nicht in den Sand stecken. Auch habe man mit den Zahlen hervorragende Argumente gegenüber den Straßenbaubehörden, warum z. B. der Autobahnring ausgebaut werden müsse. Er sei sehr gespannt, was passiere, wenn Freiam umgesetzt werde. Mit der geplanten neuen Auffahrt für Freiam könne man erwarten, dass die A99 nicht nur während der Hauptverkehrszeiten, sondern immer voll sei. Wie könne man damit umgehen? Insgesamt gebe es viele interessante Fragen, mit denen man sich näher beschäftigen und die man zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren solle. Abschließend erkundigte er sich, wie sich Parkgebühren auf die Nutzung von Park- und Ride-Plätzen auswirken würden.

Herr Ulzhöfer berichtete, dass die Entwicklung dahin gehe, Parkgebühren auf Park- & Ride-Plätzen zu erheben. Die ersten Gemeinden hätten dies schon umgesetzt. Die Gebührenfindung sei ein Spagat, da man die Nutzung auch nicht zu teuer machen dürfe, um größeren Ausweichparkverkehr zu verhindern. In der Messestadt Riem gebe es z.B. Monatskarten für 15 €. Er denke, dass bei einer Gebühr von 1 €/Tag oder 15 € im Monat die Nachfrage nach Stellplätzen im Bereich des P&R nur etwas zurückgehen würde. Zu der Problematik, Tempo 30 nicht flächendeckend festsetzen zu können, teilte er mit, dass hier die EU-Lärmschutzrichtlinie eine Trumpfkarte für die Kommunen sei. Hiernach müsse bei Straßen ab 7.500 bis 8.000 Fahrzeugen pro Tag etwas gemacht werden. Seiner Ansicht nach können die Verkehrsbehörden in den Landkreisen bei entsprechend belasteten Straßen nicht mehr lange bei 50 km/h bleiben. Das Wirksamste, was man im Bereich des Verkehrslärmschutzes machen könne, sei Tempo 30. Flüsterasphalt sei dagegen keine Lösung und auch Lärmschutz am Gebäude wirke nur partiell.

StR Leone stellte zunächst fest, dass man nicht wisse, wie die Entwicklung tatsächlich aussehen werde. Werde es mit dem Wachstum wirklich in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren so bleiben? Ändern sich die Arbeitsverhältnisse, z. B. hinsichtlich Tele-Heimarbeit? Halte der Zustrom in den Ballungsraum an? In Zukunft müsse man sich mit Konzepten beschäftigen, wie man Wohnen und Arbeiten möglichst nah zusammenbringen könne. Auch die Kommune habe Möglichkeiten. Mit Betriebskindergärten könne man beispielsweise viele zusätzliche Fahrten einsparen. Auch beim Schulbetrieb lasse sich möglicherweise einiges ändern. Warum sollen Expressbusse wie in München nicht auch in der Region möglich sein? Ein Problem sei, dass die Verkehrsnetze und der ÖPNV nicht auf den heutigen Verkehr ausgerichtet seien. Man müsse sich auch die Frage stellen, ob man neuen Verkehr anziehe, wenn man eine neue Straße anbiete. Als Stadt könne man durchaus an einigen Schrauben drehen. Das Denken in den Köpfen werde sich aber nicht so einfach ändern lassen. Wenn dieses Umdenken jedoch nicht stattfindet, werde es schwierig. Auch er habe Befürchtungen hinsichtlich Freiham. Insgesamt dürfe man aber nicht in Fatalismus verfallen, sondern müsse die Sache anpacken.

StRin Eger wies darauf hin, dass es vielfach keine Lösung sei, zu sagen, dass die Leute in Puchheim wohnen und arbeiten sollen. Viele hätten ihre feste Arbeit auswärts und könnten sich nicht einfach eine Arbeit in Puchheim suchen. Zudem müsse man die Leute berücksichtigen, die auf das Auto angewiesen seien. Auch die erforderlichen Fahrten der Sozialdienste müsse man bedenken.

StR Dr. Sengl erklärte, dass man im Rahmen der Beratung schon einiges über die angespannte Ist-Situation gehört habe. Der Individualverkehr in der heutigen Form sei nicht in die Zukunft ausdehnbar. Man müsse der Bevölkerung sagen, dass es nicht so weitergehen könne. Man müsse über andere Ansätze nachdenken, Ideen entwickeln und diese fördern sowie weitere Angebote schaffen. Sicher könne man nicht einfach neue Busverbindungen schaffen, was zudem noch problematisch sei, wenn der Bus dann im Stau stehe. Das bedeute, dass man nicht nur neue, sondern attraktive Angebote schaffen müsse. Bei den verschiedenen Prognosen sehe man, dass bestimmte Szenarien den Verkehr nur umverteilen würden. Dies mache aus seiner Sicht wenig Sinn. Verkehrlich etwas bringen würde die Weiterführung der FFB 11, welche jedoch sehr unwahrscheinlich sei. Die neue Straße im Planfall 5 sei ein interessanter Aspekt. Man müsse aber immer weiter denken, wie z. B. an die Lebensqualität, den Flächenverbrauch und den Wegfall der Freifläche. Insgesamt wurden ein paar interessante Ansätze aufgezeigt, mit denen man sich weiter beschäftigen sollte. Man solle prüfen, ob Ideen daraus für Puchheim anwendbar seien, wie z. B. Einkaufsbringdienste. Insgesamt müsse man

viele Möglichkeiten ins Auge fassen, denn nur in der Summe könne man es schaffen, den Verkehr zu reduzieren. Es benötige Zeit, dies in den Fraktionen zu beraten.

StRin von Hagen stellte fest, dass vieles schon gesagt worden sei. Bei der Vorstellung der letzten Prognosefälle sei ihr ebenfalls aufgefallen, dass der Verkehr dabei nur verschoben werde. Es sei klar, dass die Adenauerstraße stark belastet sei, aber auch andere Straßen hätten viel Verkehr. Anschließend ging sie nochmals auf die Stellungnahme ihrer Fraktion vom Oktober ein. Sie seien der Ansicht, dass man ganz viel tun müsse, was den Fahrradverkehr betreffe. Es gehe darum, es attraktiver zu machen, auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad umzusteigen. Hier könnte ein Puchheim-Ticket für die innerörtliche Nutzung des Busses beitragen. Es wäre schön, wenn diese Idee weiterverfolgt würde.

StR Pürkner sprach an, dass man bei der Erwartung, viele Leute aufs Fahrrad zu bringen, realistisch bleiben müsse. Man müsse sich auch bewusst sein, dass man vieles aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht umsetzen könne. Solange nach Straßenverkehrsrecht nicht nur die Sicherheit sondern auch die Leichtigkeit des Verkehrs zu gewährleisten sei, würden die zuständigen Behörden diese Vorgabe ausführen. Er gehöre zu den Befürwortern, dass die Leichtigkeit des Verkehrs innerorts keine Priorität mehr haben solle. Das Gutachten verdiene insgesamt ein großes Lob, ob seiner Tiefe und der Akribie, mit der die Daten erarbeitet worden seien. Damit sei eine Entscheidungshilfe für die Zukunft geschaffen worden. Er müsse aber auch eine gewisse Kritik anbringen. Zum Planfall 3 könne er die Aussage hinsichtlich des mangelnden Platzes von Rampenbauwerken nicht so stehen lassen, weil der Gemeinderat in den 70er Jahren eine komplette Bauplanung für das Unterführungsbauwerk habe erstellen lassen. Damit sei der Nachweis erbracht worden, dass die Flächen für die Rampenerrichtung zur Verfügung stünden. Der Hinweis auf einen vermutlichen Wegfall öffentlicher Zuschüsse gehöre in den Bericht nicht hinein, da es niemals streitig gewesen sei, dass es für dieses Bauwerk keine Zuschüsse gebe. Der hohe Grundwasserstand sei bekannt und ein überwindbares Hindernis, wie die bestehende Fuß- und Radwegunterführung der Bahn zeige. Die Hindernisse seien mit einem entsprechenden Kostenaufwand zu bewältigen. Daher sein Appell an die Gutachter, die Ausführungen auf Seite 40 entsprechend zu ändern. Bei der Unterführung gehe es darum Umwege zu vermeiden und somit nicht um Bequemlichkeit sondern um Umweltschutz. Ebenso sei nie eine Unterführung nach DIN-Vorschriften geplant gewesen, weil man dann überörtlichen Verkehr hereinziehen würde. Die Unterführung solle nur durch den PKW-Verkehr genutzt werden sowie in Ausnahmefällen von Feuerwehr und anderen Notfahrzeugen. Man könne z.B. eine Höhenbegrenzung anbringen und Ampeln. Er werde einen Antrag stellen, dass der Gutachter unter dem Aspekt der technischen Machbarkeit und der Vermeidung von überörtlichem Verkehr die Verkehrsdaten nochmals ermittle.

Der Vorsitzende führte aus, dass die Vorschläge aus der Untersuchung und die Anträge nicht heute behandelt werden sollen. Den Fraktionen solle die erforderliche Zeit gegeben werden, sich damit auseinander zu setzen. Anschließend bat er Herrn Ulzhöfer um eine erste Einschätzung, ob man die verschiedenen Verkehrsbeschränkungen für die Unterführung Josef-/Lußstraße errechnen könne.

Herr Ulzhöfer teilte mit, dass man dies durchaus machen könne. Man könne z. B. berechnen, wie sich eine nur einspurige Befahrbarkeit oder eine Ampelschaltung mit 30 Sekunden auswirken würde. Bezüglich der angesprochenen Höhenbegrenzung wies er darauf hin, dass z.B. für Rettungsdienste eine Durchfahrtshöhe von 3,4 m erforderlich sei, so dass dann auch Lieferwagen durchpassen würden. Fraglich sei, ob eine Höhenbegrenzung mittels Verkehrsschild ausreichen würde. Grundsätzlich könne er eine Prognose 3a ohne Schwerlastverkehr einfügen.

StR Dr. Koch wies darauf hin, dass in der Abbildung zu den Geschwindigkeiten Tempo 40 für die Obere Lagerstraße nicht enthalten sei. Außerdem bat er zur besseren Lesbarkeit um eine Differenzdarstellung bei der Tabelle auf Seite 38. Auch wenn die Unfallstatistik nicht Teil der Aufgabe war, gehöre sie doch zum Thema. Es sollte anhand der Unfallstatistik der Polizei noch geprüft werden, wo es Unfallschwerpunkte bzw. markante Häufungen gebe und was hieraus abzuleiten sei. Das Weitere solle Gegenstand der Behandlung in den Fraktionen sein. Bei der neuen Straßenverbindung zwischen Allinger Straße und FFB 11 müsse man sich mit allen Folgen beschäftigen, wie z. B. die Zerschneidung und Querung des Planieweges.

Herr Ulzhöfer führte zum Thema Wachstum und Prognosen noch aus, dass z. B. bei Tele-Arbeitsplätzen keiner wisse, wie sich die sich ändernde Arbeitswelt auf den Verkehr auswirken werde und inwieweit man dies berücksichtigen solle. Tatsächlich sei jede dritte Fahrt ein Arbeitsweg. Aber auch wenn vom Arbeitgeber Heimarbeitsplätze zur Verfügung gestellt würden, könne keiner garantieren, dass der Arbeitnehmer in dieser Zeit sein Auto nicht nutze und man dadurch Autofahrten einsparen könne. Bezüglich des Fahrradlieferdienstes berichtete er aus der Stadt Neustadt an der Waldnaab mit knapp 6.000 Einwohnern. Dort seien seit ca. fünf Jahren zwei Ganztagsbeschäftigte mit Lastenfahrrädern für entsprechende Bringdienste unterwegs. Dies sei ein ergänzendes Angebot.

Anschließend bat der Vorsitzende StR Leone, den Antrag der SPD kurz darzustellen. StR Leone teilte mit, dass man sich in der Fraktion lange mit der Verkehrsuntersuchung beschäftigt habe. Da diese kurzfristig eingereicht worden sei, erwarte man auch nicht, dass bereits heute darüber abgestimmt werde. Anschließend ging er kurz auf die einzelnen Vorschläge und Anträge ein. Der Bypass beim Kreisverkehr Eichenauer Straße/FFB 11 sei eine gute Sache. Es solle untersucht werden, ob ein zweiter Bypass für den aus Richtung Eichenau in Richtung Puchheim-Ort fließenden Verkehr die Situation verbessern könne. Die Frage des Einmündens sei zu klären. Die Umsetzung im Wasserschutzgebiet sollte aufgrund der Randlage möglich sein. Wenn nicht, bräuchte man sich nicht weiter damit beschäftigen. In der Bürgerversammlung in Puchheim-Ort werde immer wieder der noch zu viele Verkehr auf der Augsburgs Straße bemängelt. Man solle sich Gedanken machen, inwieweit man die Durchfahrt noch unattraktiver machen könne. Die Ampel an der Huchenstraße solle man auf jedem Fall beibehalten und auch Tempobeschränkungen untersuchen. Ein weiterer Brennpunkt sei die Zufahrt zur Schule Süd über die Edelweißstraße. Zu Schulbeginn und -ende, aber auch abends durch die Sportler, gebe es viel Verkehr in dem Wohngebiet. Insgesamt bestehe dort eine schwierige Situation, für die eine Lösung gesucht werden sollte. Wenn im Zusammenhang mit dem barrierefreien Ausbau des Bahnhofs eine zweite Personenunterführung geschaffen werde, mache es Sinn, diese auch für den Radverkehr zu nutzen. Dies solle man bei den Planungen unbedingt berücksichtigen, auch wenn dann große Teile der Kosten bei der Stadt hängen bleiben würden. Das Ziel für die Adenauerstraße solle sein, diese so unattraktiv wie möglich für Autos und den Durchgangsverkehr und so attraktiv wie möglich für Fußgänger und Radfahrer zu machen. Den Bereich als Fußgängerzone oder etwas Ähnliches zu gestalten wäre auch für das Stadtzentrum ein Gewinn; es müsse auch kein shared space sein. Den Aufbau eines Systems von Leihrädern halte er für eine gute Sache. Da beim ÖPNV ein Ringsystem fehle, wäre der Einsatz von Expressbussen mit nur wenigen Haltestellen und kurzen Fahrzeiten sicher sinnvoll. Bezüglich der Bustaktung sei nicht einzusehen, warum alles nach Gröbenzell ausgerichtet sein solle, wo schon der bessere Takt bestehe. Ein weiteres Anliegen sei noch, die Buslinien mit den Hauptverkehrsströmen abzugleichen und zu untersuchen, ob es hier evtl. noch Optimierungsbedarf gebe.

Am Ende der Beratung wies der Vorsitzende darauf hin, dass es bei den Maßnahmen verschiedene Zeithorizonte gebe. Die Maßnahmen, die man jetzt ansetzen könne, würden auf die Zeit bis 2030 zielen. Diese Maßnahmen hätte man meist selbst in der Hand. Der nächste Zeithorizont beginne ab 2030 und hierfür müsse man auf ganz anderer Ebene arbeiten. Vielleicht werde auch eine gewisse Selbstregulierung eintreten, wenn Autofahrer nicht mehr im Stau stehen wollen und deshalb umsteigen würden. Am Ende habe es jeder selber in der Hand, wie er sein Mobilitätsverhalten entwickle. Man könne aber feststellen, dass die Situation in Puchheim aktuell keine Katastrophe sei. Klar sei aber, dass sich die Situation verschlechtere, wenn noch weitere Einwohner dazukommen. Die Anregung zur Einrichtung von Arbeitsgruppen habe er als bedenkenswert aufgenommen. Auch seitens der Verwaltung werde man sich Gedanken machen, wie man weiter vorgehe. Ob es eine Klausur geben werde, könne er noch nicht sagen, da es noch andere wichtige Themen gebe.

StR Pürkner formulierte noch seinen Antrag hinsichtlich Planfall 3:

Es wird beantragt, das Gutachten für Planfall 3 durch Prognosen ergänzen zu lassen, die unter der Prämisse stehen, dass überörtlicher und Schwerlastverkehr durch technische Maßnahmen weitgehend ausgeschlossen werden.

Der Vorsitzende erklärte, dass dieser Antrag aufgenommen werde und dann zusammen mit den anderen Anträgen nach den Beratungen in den Fraktionen zur Entscheidung vorgelegt werde.

Der dritte Teil der Verkehrsuntersuchung war damit ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen. Im Anschluss erfolgt die Beratung in den Fraktionen.

TOP 3 Klimaschutzmanagement

2. Zwischenbericht

Frau Dietel berichtete, dass im Bereich des Klimaschutzmanagements derzeit sehr viel „work in progress“ stattfinde. Im Bereich Mobilität habe ihre Ernennung zur Fahrradbeauftragten dazu geführt, dass sie sehr viel mehr eingebunden werde. Zu den Aktivitäten in diesem Bereich hätten u. a. die Beschaffung von neuen Diensträdern für die Verwaltung und, unter Federführung von Frau Ehm, Fahrradkurse für Flüchtlinge gehört. Ihre Bestandsaufnahme der Fahrradinfrastruktur in Puchheim würde in die Arbeit am Radverkehrskonzept einfließen. Die zunehmende Zahl an Schulwegunfällen habe gezeigt, dass das Verhalten der Schüler auf dem Rad einer Verbesserung bedürfe. Hier sei vom Ordnungsamt ein Sicherheitsflyer für Schüler erarbeitet worden, an dem sie mitgearbeitet habe. Zudem habe sie Mobilitätsflyer und Mobilitätsinfos auf der Homepage erstellt; auch eine Liste mit Carsharing- und Mitfahrangeboten liege aus.

Im Bereich Energie sei in Sachen Geothermie u. a. der Wärmelieferungsvertrag inzwischen abgeschlossen worden und die Bebauungsplanänderung in Kraft getreten. Aktuell bestehe die Hoffnung, dass es dieses Jahr mit der Geothermie aktiv weitergehe und möglicherweise sogar mit der Bohrung begonnen werden könne. Die im letzten Jahr durchgeführte Heizungspumpentauschaktion sei trotz

kurzem Vorlauf sehr erfolgreich gewesen. Erfreulicherweise hätten sehr viele Puchheimer Heizungsfirmen mitgemacht. Insgesamt seien 22 alte Pumpen ausgetauscht worden, was eine Einsparung von 4,7 MWh pro Jahr bedeuten würde. Zusammen mit dem beauftragten Ingenieurbüro laufe derzeit die dritte Staffel des Energiemanagements. Die neu entwickelte Verbrauchsdatenbank sei inzwischen im Einsatz. Derzeit würden noch die Verbrauchswerte der letzten drei Jahre eingegeben, damit Vergleichswerte zur Verfügung stünden. Während der Eingabe erfolge eine laufende Überprüfung der Verbrauchsdaten, um Auffälligkeiten zusammen mit dem Hochbau oder den Liegenschaften nachzugehen. Für die LED-Umstellung der Sportplatzbeleuchtung seien Haushaltsmittel eingestellt. Hier würden als nächster Schritt Vergleichsangebote eingeholt; die Umsetzung solle zusammen mit dem Kunstrasenplatz erfolgen. Zu den Aktivitäten im Bereich Kommunikation gehöre die laufende Öffentlichkeitsarbeit mit Mitteilungsblatt, Homepage, eigenen Veröffentlichungen und eigenen Veranstaltungen. Wichtig sei auch die Vernetzung mit den in der Region vorhandenen Klimaschutzaktiven. Hier komme es u. a. zu regelmäßigen Treffen für den Bereich des Landkreises, der europäischen Metropolregion und im Regierungsbezirk. Der Beginn des kommunalen Energieeffizienznetzwerkes habe sich etwas verzögert, da noch Beitrittsbeschlüsse von Kommunen gefehlt hätten. Anschließend gab sie einen Ausblick über die kommenden Aktivitäten.

Im Bereich Mobilität würden die Radverkehrskonzepte von Stadt und Landkreis erstellt. Das städtische Lasten-Pedelec sei kurz vor dem Kauf. An den neuen Fahrradständern am Bahnhof sei man dran. Dies werde sich aber wegen der Beteiligung der Bahn noch hinziehen. Weitere Themen seien u. a. die Fahrradwegverbindungen nach Eichenau und München sowie die Einführung eines Fahrradverleihsystems. Im Bereich Energie solle, soweit es das Wetter zulasse, ein Thermographie-Rundgang stattfinden. Die Teilnahme am Energieeffizienznetzwerk beginne und eine aktuelle CO₂-Bilanzierung solle gemeinsam mit dem Landkreis stattfinden. Die Geothermie sei ein wichtiges Thema für dieses Jahr. Zudem sollen Nutzerschulungen im Bereich der städtischen Liegenschaften erfolgen.

Im Rahmen der anschließenden Beratung beantwortete Frau Dietel u. a. Fragen zur Nutzerschulung. Hier gehe man z. B. direkt in den Kindergarten, um das Nutzerverhalten im Hinblick auf den Energieverbrauch zu optimieren. StR Dr. Sengl wies darauf hin, dass der CO₂-Ausstoß trotz aller Aktivitäten im Bereich der Energieeinsparung im Jahr 2015 wieder um 1 % zugenommen habe. Daher sei es immens wichtig, die kommunalen Anstrengungen weiterzuführen.

StR Dr. Koch stellte fest, dass man in Sachen Radverkehr Leuchtturmprojekte brauche, die dieses Jahr noch umgesetzt würden. Hier müsse über die aktuelle Bearbeitung des Radverkehrskonzeptes hinaus etwas geschehen. Der Vorsitzende stimmte zu, dass etwas sichtbar gemacht werden solle.

StR Keil hob die erfreuliche Bandbreite hervor, die im Rahmen des Klimaschutzmanagements bearbeitet werde. Wichtig sei, dass man immer darauf achte, dass die Vernetzung mit dem Landkreis stattfinde. Dies sei z. B. beim Leihradsystem wichtig, damit kompatible Systeme eingesetzt würden. Bei Ziel 21 werde ein Fachbereich Mobilität ins Leben gerufen. Er hoffe, dass die Kommunen ihre Ideen dort einbringen würden. Der Vorsitzende bot an, dass sich Ziel 21 im PUA kurz darstellen könne.

StR Pürkner griff die Idee von Dr. Koch auf, dass man zur Förderung des Radverkehrs ein Leuchtturmprojekt brauche. Dies könne z. B. die Herstellung des Radwegs entlang der Roggensteiner Straße sein. Hierzu erkundigte er sich nach dem Stand.

Der Vorsitzende verwies hierzu auf die Information in der letzten Sitzung. Gespräche mit den beteiligten Bürgermeistern würden derzeit laufen. Auf Puchheimer Gebiet stünde die Fläche für den Wegebau bereits zur Verfügung (ca. bis zum Funkmast). Die Frage sei, ob man hier ein Stückwerk bauen solle. Da Eichenau sich aufgeschlossen zeige, wolle man versuchen, den gesamten Weg umzusetzen. Der Radweg sei im Haushalt als Investitionsplanung eingestellt.

StR Pürkner plädierte dafür, keine Rücksicht auf eine mögliche Umsetzung in Eichenau zu nehmen. Auf Planungen der Bahn solle man ebenso keine Rücksicht nehmen; diese müsse einen vorhandenen Weg bei späteren Planungen berücksichtigen.

StR Stricker berichtete, dass sich bei einem Gespräch mit einem Vertreter der Polizei herausgestellt habe, dass ca. 10 % der Grundschüler, die den „Radführerschein“ machen, kein eigenes Fahrrad besitzen würden. Er bat Frau Dietel um Unterstützung, ob nicht für diese Kinder entsprechende Fahrradspenden akquiriert werden könnten. Mit Frau Ehm habe er ebenfalls Kontakt aufgenommen.

**TOP 4 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 für den Bereich beiderseits der Friedenstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße
hier: Information zur Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 13 a Abs. 3 BauGB**

Frau Reichel berichtete, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im beschleunigten Verfahren eine Äußerung zur Planung eingegangen sei. Sie informierte über die wesentlichen Punkte aus dem Schreiben des Rechtsanwaltes, der Eigentümer im mittleren Bereich der Friedenstraße vertreten würde. Im Einwandschreiben gehe es u.a. darum, dass der Bebauungsplan nicht erforderlich sei und durch die Planung eine Reduzierung von bestehendem Baurecht vorgenommen werde, was einen Eingriff in das verfassungsrechtlich geschützte Eigentum darstelle. Zudem verstoße die derzeitige Planung gegen den Gleichheitsgrundsatz und sei widersprüchlich, da die eingetragenen Grundflächen nicht zur geplanten Festsetzung passen würden. Die Planung sei auch nicht umsetzbar, da das Plangebiet praktisch voll umfänglich bebaut sei und der Bebauungsplan somit auf absehbare Zeit nicht umgesetzt werden könne. Frau Reichel erklärte anschließend, dass der Bebauungsplanentwurf derzeit noch ausgearbeitet werde. Das ergänzend zur allgemeinen Öffentlichkeitsinformation vorgelegte erste Konzept entspreche noch nicht den beschlossenen aktuellen Zielen für die Planung. Es werde insbesondere auch hinsichtlich der überbaubaren Grundflächen derzeit noch aktualisiert, worauf während der Öffentlichkeitsbeteiligung hingewiesen worden sei. Ziel bei der Überplanung sei es, den Bestand mit seiner Mischung aus flächigen E+D-Gebäuden und zweigeschossigen Gebäuden aufzunehmen. Die Vorlage an den Planungs- und Umweltausschuss werde voraussichtlich in der Märzsitzenz erfolgen.

Das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Verschiedenes

StR Leone teilte mit, dass er vor einiger Zeit bei Bauamtsleiterin Schmeiser gemeldet habe, dass es auf dem Parkplatz beim Sportzentrum sehr dunkel sei. Er habe nachgefragt, ob man da etwas machen könne. Frau Schmeiser habe sich der Sache auf kurzem Wege angenommen und eine Lösung gefunden. Durch eine Erweiterung der bestehenden Lampe werde die Beleuchtung verbessert. Für die unbürokratische und schnelle Lösung wolle er ein Lob aussprechen.

StRin Eger erkundigte sich hinsichtlich des gesperrten Aufgangs zur Brücke bei der Gutenbergstraße. Bauamtsleiterin Schmeiser teilte mit, dass die Umsetzung der erforderlichen Instandsetzung hier etwas kompliziert sei. Der Weg selbst gehöre der Stadt, daran schließe sich aber eine Metallspundwand an, die die Böschung abstütze, die wiederum im Eigentum des Landkreises liege. Diese müsse wieder instandgesetzt werden, da sie zu rosten beginne. Erst danach könne die Treppe entweder instandgesetzt oder erneuert werden. Haushaltsmittel seien schon angemeldet. Die Sanierung der Spundwand sei bereits in die Wege geleitet; der Landkreis beteilige sich daran.

StR Stricker brachte vor, dass sich die Beleuchtung im Bereich Bgm.-Ertl-Straße/Alpenstraße immer noch zu früh einschalte und zu spät wieder ausschalte. Bauamtsleiterin Schmeiser berichtete, dass dies vielleicht am Lichtsensor liege, der anscheinend nicht richtig funktioniere. Die Sache sei bereits vom Versorgungsträger angeschaut worden; es gäbe aber noch keine Lösung.

Der Vorsitzende beendete die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses um 20:15 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Andrea Reichel

Erster Bürgermeister